

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 122.14 / 20.03.2014

Nr. 122.14 / 20.03.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 4 – 1. Lesung: Entwurf eines Gesetzes zur
Schaffung von Wahlfreiheit an Gymnasien

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Anke Erdmann:

Schnarch!

Im Januar 2014 haben wir das Schulgesetz verabschiedet. Ich weiß nicht, ob die FDP das mitbekommen hat. Physisch anwesend waren Sie jedenfalls, liebe Liberale. Die Punkte, die die FDP nun ändern möchte, waren alle Bestandteile der parlamentarischen Anhörungen.

Die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 am Gymnasium wurde breit diskutiert. Hierzu gab es ausführliche und in der Sache kontroverse Statements – in mittlerweile drei parlamentarischen Anhörungsverfahren: zu den Schulgesetzänderungen 2011, 2013 und 2014. Ist es wirklich nötig, diese Punkte knapp zwei Monate nach Verabschiedung des Gesetzes wieder aufzurufen? Was soll das, Frau Klahn?

Auch die Frage, ob ein Gymnasium eine Oberstufe haben kann oder soll, wurde im Anhörungsverfahren diskutiert.

Man kann ja verstehen, dass Sie inhaltlich nicht zufrieden sind, aber das hat nichts mit Erkenntnisdefiziten zu tun. Ich halte diesen Antrag, zwei Monate nach der Schulgesetzänderung im Januar, für einen hilflosen Akt der parlamentarischen Selbstbeschäftigung. Der Antrag führt in der Sache zu nix, will allenfalls über das Scheitern der G9-Volksinitiative hinwegtrösten.

Vielleicht wenden Sie sich mal langsam qualitativen Fragestellungen zu G8 zu – übrigens einst von Ihrem schulpolitischen Sprecher („die FDP wolle das Abitur nach acht Jahren - aber pronto!“) vehement eingefordert.

Ich habe das Ministerium gebeten, einen Vorschlag zu prüfen, der vor einiger Zeit aus der Elternschaft kam: Unter welchen Bedingungen kann – wie in Berlin – die zweite Fremdsprache nicht in Klasse 6, sondern erst in Klasse 7 eingeführt werden. Wenn das geht, sollten wir sehen, ob dies von unseren Gymnasien als Vorteil angesehen wird. Es gibt auch

Nachteile, aber prüfen sollten wir die Idee.

Die zweite Fremdsprache kommt derzeit in Klasse 6 dazu. Sie ist für viele Mädchen, Jungen und deren Elternhäuser eine ziemliche – sagen wir – Herausforderung. Diesen Vorschlag hatte ich auch schon zu Zeiten des liberalen FDP-Bildungsministers gemacht. Da gab es damals aber eine „Teflon-Reaktion“: Der Vorschlag ist einfach nur abgeperlt.

Zu dem ganzen Getöse, wir würden die Gymnasien „ins Fadenkreuz“ nehmen, kann ich nur sagen: „Verfolgungswahn ist in der Regel unbegründet – das hier ist die Regel!“

Stellenabbau! Stimmt. Das ist bitter. Ich bin nicht stolz darauf! Aber das ausgerechnet Sie, die einen viel stärkeren Abbaupfad vorgesehen hatten, einen auf Robin Hood machen, ist doch lächerlich. Hätten Sie denn die Stellen nur bei Grund- und Gemeinschaftsschulen gekürzt? Wo waren denn Ihre Haushaltsanträge, die Ihren eigenen Sparkurs in Schulen rückgängig gemacht hätten?

Und der Einheitslehrer – ein Kampfbegriff, der auch vom regionalen Qualitätsjournalismus gern mal übernommen wird. Was soll das denn bitte sein? Wir werden genauso viele Studiengänge haben wie jetzt. Und angenommen, der Begriff wäre sinnvoll: Wie bezeichnen Sie denn die derzeitigen Grund- und Hauptschullehrkräfte? Sind das auch Einheitslehrer, weil sie für das Unterrichten von Kindern mit Potenzial und mit Lernhindernissen ausgebildet wurden, für Kinder von sechs Jahren und Jugendliche am Übergang zum Beruf?

Es gibt gerade keine Einheitsschüler, darauf wird diese Ausbildung – mehr denn je – abstellen - entwickelt übrigens im Dialog mit Universitäten, mit Prof. Dr. Baumert!

Und wenn der Einheitslehrer ein treffender Begriff wäre – wen bilden wir denn jetzt aus? Tutti-Frutti-Kräfte? Dieser Begriff taugt doch auch inhaltlich nicht die Wurst!

Ich weiß: Viele von Ihnen hat es gewurmt, dass der Protest zur Verabschiedung des Schulgesetzes im Januar Zimmerlautstärke hatte – da versuchen Sie jetzt mit zwei Verbänden und einer Parteilugendorganisation eben ein bisschen nachgelagerten Pogo. Den Schulen helfen Sie damit nicht.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Claudia Jacob
Pressesprecherin

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel.: 0431 / 988 – 1503
Fax: 0431 / 988 – 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene.de